

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/162

27. August 1975

Die SPD im Vorfeld der Bundestagswahl

Fünf Punkte zur aktuellen Situation der Partei

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesausschreiber
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 38 Zeilen

Starke Stütze der Demokratie

Deutsche Gewerkschaften im Auslandsurteil

Von Erwin Horn MdB

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Mehr Transparenz in die Ausgabenpolitik der EG

Bundestag soll bald Europa-Rechnungshof-Gesetz ratifizieren

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Seite 4 und 5 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 017-204
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 08 65 045 - 48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Die SPD im Vorfeld der Bundestagswahl

Fünf Punkte zur aktuellen Situation der Partei

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landeesvorsitzender
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Ich möchte zu der Frage, was wir Sozialdemokraten angesichts der augenblicklichen Situation in der Bundesrepublik für wichtig halten, meine Erkenntnisse in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens: Das Grundgesetzprogramm von Godesberg ist nicht überwunden; es ist im Gegenteil so aktuell und so modern wie eh und je. Wir müssen dieses Programm nur stärker nutzen. Denn: Godesberg war kein taktischer Trick, sondern es ist ein Programm von Grundsätzen, von Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Als zweites sage ich, daß wir Sozialdemokraten an einer kraftvollen und stabilen Führung der Bundesrepublik Deutschland interessiert sind.

Drittens: Ohne die Mitte gibt es in der Demokratie keine Mehrheit. Sozialdemokratische Entschlossenheit bedeutet, die Mitte nicht preiszugeben, immer wieder um sie zu ringen, sie immer wieder erneut zu behaupten. Dazu gehört nicht nur das Wirken für die Arbeitnehmer und die geschichtlich begründete Freundschaft mit den Gewerkschaften. Dazu gehört ebenso die Offenheit für die selbständig Tätigen, die geistigen Berufe, die Beamten und Soldaten. Dazu gehört vor allem das Engagement für die Frauen und für den Ausgleich zwischen den Generationen - kurz: für die über Klassen- und Gruppeninteressen hinausreichenden allgemeinen Probleme unseres Volkes.

Mein vierter Gesichtspunkt ist: Wer als Mitglied der SPD meinen sollte, seine Pflichten gegenüber der Partei erschöpfen sich in hämischer Kritik an ihr und ihren Vertrauensleuten, sollte - so sagte es kürzlich Willy Brandt - diese Kritik besser von außerhalb der Partei üben. Es ist erforderlich, sich von einzelnen zu trennen, die die Godesberger Grundlagen und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus verlassen, indem sie Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren. Wer in den harten Auseinandersetzungen dieser Zeit eine andere politische Partei unterstützt, der gehört einfach nicht in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Und das Fünfte: Auch wir deutschen Sozialdemokraten brauchen eine starke Führung, eine Führung, die kraftvoll, aber auch richtig handelt. Aber Führung braucht Solidarität, sie braucht Vertrauen. Und erst recht braucht eine starke Führung Solidarität und besonders viel Vertrauen. Und deshalb sage ich auch unmißverständlich: Auch wenn der Wind im Augenblick nicht so günstig weht, wir Sozialdemokraten stehen zu Willy Brandt, unserem Parteivorsitzenden, und wir haben Vertrauen zu Helmut Schmidt, unserem Bundeskanzler.

(~/27.8.1975/bgy/e/ben)

+ + +

Starke Stütze der Demokratie

Deutsche Gewerkschaften im Auslandsurteil

Von Erwin Horn MdB

Unabhängig vom politischen Standort der Gesprächspartner ergeben sich bei mehreren Auslandsreisen übereinstimmend zwei Feststellungen: 1/ Entgegen dem Krisengerede der CDU/CSU-Opposition stellt die Bundesrepublik Deutschland für das westliche Ausland einen beneidenswerten Hort wirtschaftlicher und politischer Stabilität dar; 2/ viele verantwortungsbewußte Politiker des westlichen Auslandes beneiden die Bundesrepublik geradezu um ihre Gewerkschaften. Den im DGB vereinigten Gewerkschaften wird von allen Seiten ein hohes Maß wirtschaftlicher Sachkenntnisse und politischer Verantwortung attestiert.

Gerade im Ausland, das von der gesamten weltwirtschaftlichen Rezession stärker betroffen wurde als die Bundesrepublik Deutschland, werden in zunehmendem Maße Vergleiche über wirtschaftliche Daten angestellt. Die Horrormeldungen der CDU/CSU über einen angeblichen Verfall der Staatautorität und eine zunehmende wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik Deutschland, werden von sachkundigen Politikern in den westlichen Ländern überhaupt nicht mehr registriert, weil es auch für sie zu offenkundig ist, daß es sich dabei lediglich um innenpolitische Zweckmeldungen handelt. Internationale Vergleiche im Bereich der Streikstatistik oder der Liefertreue deutscher Firmen zeigen, daß die Bundesrepublik ein wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch konsolidierter und außerordentlich leistungsfähiger Staat ist. Die Gesprächspartner hoben immer wieder das politische Verantwortungsbewußtsein der deutschen Gewerkschaften hervor, wenn sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nur solche Forderungen stellen, die wirtschaftlich und gesamtpolitisch verantwortet werden können.

Anerkennung findet auch die deutsche Sozialpolitik seit 1969. In den letzten sechs Jahren hat die Bundesrepublik eine Spitzenstellung im sozialen

Ausbau für die Arbeitnehmer erreicht. Die deutschen Gewerkschaften können, so sagt man im Ausland, mit Recht darauf hinweisen, daß sie es mit einer Bundesregierung und einer Parlamentsmehrheit zu tun haben, die im Maße des Verantwortbaren ein Höchstmaß an Sozialleistungen für die gesamte Arbeitnehmerschaft erbrachten. Positiv wurde vor allem angemerkt, daß die deutschen Gewerkschaften sich nicht ausschließlich als Lohn- und Tarifmaschine betätigen, sondern vorwiegend von einem humanen Prinzip der Verbesserung des Lebens aller arbeitenden Menschen motiviert sind. Dabei fanden zwei Gesichtspunkte immer wieder besondere Beachtung: die Frage der Gastarbeiter und die Entwicklungshilfe.

In solchen Gesprächen wird der Blick über die nationalen Grenzen geweitet. Die Frage nach den Beziehungen der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern spielt dabei politisch und auch ökonomisch eine erhebliche Rolle. Es wird als unbestreitbarer und auch allgemein anerkannter Verdienst der deutschen Gewerkschaften gewertet, daß sie ein geistiges Klima mit geschaffen haben, innerhalb dessen die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe auch in den breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft Anerkennung fand. Populär war dieses politische Konzept zweifellos bei der breiten Masse unserer Bevölkerung anfänglich nicht gewesen. Es ist das Verdienst der Gewerkschaften, daß die Frage der Entwicklungshilfe und der Gastarbeiter zu einer humanen Frage unseres Gesellschaftslebens geworden ist.

Die deutschen Gewerkschaften sind nicht nur in diesem Bereich die solideste Stütze einer humanitären Gesellschafts- und Außenpolitik; sie sind dadurch zugleich auch ein solider Faktor der deutschen Innenpolitik. Die ökonomischen Auswirkungen dieser zugleich menschlichen und vernünftigen Politik lassen sich nicht berechnen. Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht vor der Gefahr, ein Gewerkschaftsstaat zu werden, wie es die Springer-Presse und konservative Zeitungen unermüdlich verkünden; sie steht vielmehr vor der Notwendigkeit, die Gewerkschaften weiterhin als stabilisierende Kraft unserer Gesellschaft und dieses Staates zu stärken.

(-/27.8.1975/ks/ee/sab)

+ + +

Mehr Transparenz in die Ausgabenpolitik der EG

Bundestag soll bald Europa-Rechnungshof-Gesetz ratifizieren

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Die Finanzmittel für die Politiken und Einzelmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft werden mit Hilfe der Steuern und Verbraucherpreise aufgebracht, welche die Arbeitnehmer in allen neun Staaten der Gemeinschaft zahlen. Die Überwachung des bestmöglichen und zweckgerechten Einsatzes dieser Gemeinschaftsmittel muß Sache des Europäischen Parlaments sein. Die parlamentarische Demokratie des Abendlandes verdankt ihre Entwicklung im Kern dem Ringen der Bürger und deren Vertreter mit dem Abgaben erhebenden Staat um unmittelbaren Einfluß auf die Höhe und die geplante Verwendung der Abgaben sowie auf die Vollzugskontrolle der öffentlichen Haushaltsführung.

Das Europäische Parlament hat seit vielen Jahren als unabdingbares Element des demokratischen Aufbaus der Gemeinschaft die Haushaltshoheit für sich beansprucht. Haushaltshoheit aber wäre ohne Inhalt, wäre sie nicht verbunden mit dem Recht und den institutionellen Voraussetzungen der Kontrolle über den Haushaltsvollzug. In dieser Richtung sollen die Befugnisse des Europäischen Parlaments nun erweitert werden. Das Parlament hat dem Rat seine Stellungnahme zu einem Kommissionsentwurf über die Änderung der Finanzverfassung der Gemeinschaft übermittelt, der unter anderem die Einrichtung eines Europäischen Rechnungshofes vorsieht. Seine neun Mitglieder werden vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig für sechs Jahre ernannt. Nun wird der Rat das weitere Verfahren für Änderungen oder Ergänzungen der Gemeinschaftsverträge gem. Art. 236 EWG-V einleiten.

Der Europäische Rechnungshof muß im Rahmen der Gemeinschaftsorgane und gegenüber den Mitgliedstaaten völlig unabhängig sein. Eine entscheidende Voraussetzung der Unabhängigkeit des Rechnungshofes ist das persönliche Gewicht seiner künftigen neun Mitglieder. Dies muß das Parlament auch bei seiner Mitwirkung an ihrer Ernennung im Auge behalten.

Die kontrollierten Behörden, Unternehmen und Privatpersonen, aber auch sonstige nationale Behörden, müssen den Rechnungshof bei der Erfül-

lung seiner Aufgaben unterstützen, ihm Auskunft erteilen und erforderliche Unterlagen zugänglich machen. - Diese Arbeit für den zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Einsatz der EG-Finanzmittel kann das Ansehen der Gemeinschaft bei den Bürgern der neun Mitgliedstaaten stärken. Zweckentfremdung durch Fehlleitung, durch Mißbrauch von Vergünstigungen aus Gemeinschaftsrecht oder durch Subventionsschwindel werden erschwert oder vereitelt. Die Angliederung des Völlzugs von Gemeinschaftsrecht und Gemeinschaftspolitik im nationalen Rahmen der Neun wird fruchtbare Anstöße erhalten. Die innere Selbstkontrolle der Gemeinschaftsbehörden und ihrer Finanzwirtschaft könnte zu umfassender Transparenz führen.

Der Europäische Rechnungshof hat seine Aufgabe als Instrument der Budgethoheit des Europäischen Parlaments zu erfüllen. Er bereitet den jährlichen Beschluß des Parlaments zur Entlastung der Kommission vor. Der nationale Rechnungshof ist in vielen Mitgliedstaaten den übrigen Verfassungsorganen - Parlament, Regierung, Gerichtshof - gleichgeordnet, weil er wie sie im Rang unmittelbar dem Staatsoberhaupt als dem höchsten Träger der Staatssouveränität unterstellt ist. Anders als in diesen, formal an traditionellen Staatsformen suzerinierten Verfassungsordnungen aber ist in der Gemeinschaft insbesondere im Hinblick auf ihre Entwicklung zur Europäischen Union das Volk als der Souverän anzusehen. Dem von ihm - leider noch unmittelbar - bestellten, erst recht aber dem direkt gewählten Europäischen Parlament muß - bei aller Unabhängigkeit des Europäischen Rechnungshofes - das Recht zustehen, den Rechnungshof in Sonderfällen mit der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit besonderer Ausgaben zu beauftragen. Das Parlament muß einen besonderen Ausschuß bilden, der die neuen Rechte und Pflichten, insbesondere Initiativen des Parlaments auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung wahrnimmt.

Für das Europäische Parlament ist das Budgetrecht und die Schaffung eines Europäischen Rechnungshofes ein wichtiger Schritt zu echten politischen Befugnissen. Wegen der notwendigen Verbindung zwischen einer Erweiterung der Befugnisse und der Direktwahl zum Europäischen Parlament werden der Rat und die Mitgliedstaaten nun für die beschleunigte Verabschiedung und Ratifizierung der Vertragsänderung zur Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments sorgen müssen.

Mit der Einrichtung eines Europäischen Rechnungshofes haben der Rat und das Parlament eine alte europapolitische Forderung der SPD erfüllt. Insbesondere der heutige Bundeskanzler hat schon als Bundesfinanzminister die Schaffung eines Finanzkommissars als eine der vordringlichsten Voraussetzungen für mehr Transparenz in der Ausgabenpolitik der Gemeinschaft gefordert. Am Deutschen Bundestag liegt es jetzt, durch rasche Ratifizierung eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Europäische Rechnungshof seine Arbeit aufnimmt. (-/27.8.1975/ks/ee/sab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert